



KOMMENTAR



PETER RAGGL
Bauernbunddirektor

FOTO: DIE FOTOGRAFEN

Besonders verwerflich

„Fette Braune Suppe“, „Schmutzige Hände“, „Unrechtsakte“, „Nazis erfanden Gemeindegutsenteignungen“ – diese und ähnliche Schlagzeilen gingen den Tirolerinnen und Tirolern in den letzten Monaten sprichwörtlich unter die Haut. Mit dem Naziregime will wirklich niemand in Verbindung gebracht werden. Und genau mit diesem Kalkül haben die selbsternannten Aufdecker im Abgeordnetenrang, ein pensionierter Gemeinderat, deren bekannte Einsager und prämierte „Aufdeckungsjournalisten“ gearbeitet, als ihnen eingefallen war, mit der Nazikeule das Agrargemeinschaftsthema neu anzufachen und damit gleichzeitig den bäuerlichen Berufsstand schwer in Misskredit zu bringen.

„Nicht die Bauern haben die Gemeinde enteignet, sondern das NS-Regime hat mithilfe neuer NS-Gemeindegeseetze versucht den Bauern ihr Eigentum zu entziehen und den Gemeinden einzuverleiben“. Diese Kernaussage des Gutachtens von Professor Roman Sandgruber, eines unumstrittenen und vor allem unbefangenen führenden Historiker der Uni Linz, stellt eine schallende Ohrfeige für die selbsternannten Aufdecker dar. Eine Blamage bis auf die Knochen für eine mit dem Alfred-Worm-Preis ausgezeichnete Redakteurin, aber noch viel mehr eine Disqualifizierung für die Abgeordneten Andreas Brugger, Georg Willi und für Ulrich Stern, die ihnen in der Agrargemeinschaftssache jegliche Glaubwürdigkeit entzieht. Jedes Anstreifen mit dem Nazisystem ist verwerflich. Besonders verwerflich sind jedoch bewusst falsche Unterstellung von Vermögensverschiebungen und sonstigen Vorteilen durch das Nazisystem, alleine mit dem Ziel, politisches Kleingeld zu wechseln und die bäuerliche Berufsgruppe anzuschütten.

Neben den klaren Aussagen zu den Nazi-Vorwürfen dürfen die Feststellungen des Gutachters zur historischen Entwicklung der Agrargemeinschaften und der Grundbuchsanlegung nicht außer acht gelassen werden und bedingen ebenfalls eine weitere eingehende objektiven Überprüfung.

NATIONALFEIERTAG

LHStv. Anton Steixner lädt zum Besuch seines Büros ein

TAG DER OFFENEN TÜR – Am 26. Oktober im Büro Steixner von 10 bis 14 Uhr

Kommenden Freitag öffnet das Tiroler Landhaus wieder seine Pforten für alle Besucherinnen und Besucher und lädt zum Tag der offenen Tür ein. Auch Bauernbundobmann LHStv. Anton Steixner wird sich besonders über den Besuch seines Büros im Landhaus freuen. Zwischen 10 bis 14 Uhr besteht die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch

mit dem Agrarreferenten ohne Terminvereinbarung und Anmeldung.

Termin

- Zeit: Freitag, 26. Oktober 2012, 10 bis 17 Uhr
- Ort: Landhaus, Eduard Wallnöfer-Platz Innsbruck
- 10 Uhr: Eröffnung mit LH Günther Platter

Details zum umfassenden Programm: www.tirol.gv.at.

Agrargemeinschaft: Expertengutachten blamiert Opposition

NAZIKEULE – Gutachten zu Osttiroler Agrarregulierungen während NS-Zeit liegt vor – LHStv. Steixner und LR Tratter verlangen sofortige Entschuldigung.



In den Medien und im Landtag wurde mit den Hallerschen Urkunden die Nazi-Keule geschwungen.

FOTO: ARCHIV

Als „völlig neue Dimension des Agrargemeinschaftsunrechts“, als „Heil-Hitler-Urkunden“, als „Teil der Blut-und-Boden-Ideologie der Nazizeit“ wurden die Regulierungen von Grund und Boden während des NS-Regimes in Osttirol in den letzten Monaten von Agrarkritikern bezeichnet. Die dahinterstehende Annahme der Opposition und weiterer Kritikern ist jene, dass die Osttiroler Gemeinden während des Zweiten Weltkrieges vom Nazi-Agrarregime enteignet worden seien. Bereits im Sommer des heurigen Jahres hat sich die Tiroler Landesregierung dazu entschlossen, den Sachverhalt von einem anerkannten Experten im Detail analysieren zu lassen. Auf Vorschlag der Israelitischen Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg hat der Historiker Roman Sandgruber von der Universität Linz ein Gutachten erstellt, das nun vorliegt und an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt.

Bauern nicht Täter, sondern Betroffene des NS-Regimes

Im Detail hat Sandgruber das Wirken des damaligen Agrarbezirksbehördenleiters von Osttirol, Wolfram Haller, untersucht und kommt zu folgendem, unmissverständlichem Ergebnis: „Dr. Wolfram Haller kann aufgrund seines Verhaltens und seiner Tätigkeit während der NS-Zeit keineswegs als prononcierter Nationalsozialist eingestuft werden.“ Nach eingehender Analyse zeigt sich vielmehr ein völlig konträres Bild. Nicht die Bauern haben die Gemeinden enteignet, sondern das nationalsozialistische Regime hat mithilfe neuer NS-Gemeinde-Gesetze versucht, den Bauern ihr Eigentum zu entziehen und den Gemeinden einzuverleiben. Wolfram Haller hat dann, anfänglich sogar gegen den Wunsch der Nazis, Regulierungen durchgeführt und damit den Bauern zum Teil ihr Eigentum wieder zu-

rückgegeben. „Die Motivation Wolfram Hallers entsprach nicht der offiziellen Linie und den Intentionen der nationalsozialistischen Gesetze“, die Fraktionen und Agrargemeinschaften, aber auch Vereine und sonstige kleinräumige Gemeinschaften aufgelöst und ihr Vermögen den von der Partei eingesetzten und kontrollierten Bürgermeistern zugeordnet haben, stellt Historiker Sandgruber klar und hält fest: „Man muss die Maßnahmen von Dr. Wolfram Haller daher durchaus in der Richtung interpretieren, dem Allmachtsanspruch der NSDAP nicht alles unterordnen zu wollen.“

LHStv. Steixner und LR Tratter verlangen sofortige Entschuldigung

In Anbetracht der Tatsachen und des nun vorliegenden Gutachtens verlangen Agrarlandesrat LHStv Anton Steixner und Gemeindefereferent LR Hannes Tratter eine sofortige Entschuldigung von

der Opposition. „Dass selbsternannte Experten in den letzten Wochen und Monaten Osttirols Bauern in die Nähe des Nazi-Regimes gebracht haben, um selbst daraus politisches Kleingeld zu machen, ist auf das Schärfste zu verurteilen!“, halten die beiden Regierungsmitglieder fest. „Die Opposition hat das Wirken Hallers mit Kunstraub im Dritten Reich verglichen und hat Wiedergutmachung gefordert. Jetzt sind ihre falschen Behauptungen entlarvt und nun fordern wir eine Wiedergutmachung. Der Schaden für die Politik, vor allem aber für den Bauernstand ist durch solche unüberlegten, skandalösen Behauptungen aber nicht mehr wiedergutmachbar. Eine sofortige Entschuldigung ist das Mindeste, was die Opposition in ihrer Situation nun noch leisten kann!“

PROF. ROMAN SANDGRUBER

Roman Sandgruber ist Historiker und Vorstand des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz. Sandgruber ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und war von 1998 bis 2003 Mitglied der Österreichischen Historikerkommission. Die Historikerkommission erforschte im Auftrag der österreichischen Bundesregierung den Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie seither erfolgten Entschädigungsmaßnahmen.

Das Gutachten des Historikers Roman Sandgruber ist ab sofort online abrufbar unter www.tirol.gv.at/.



LHStv. Anton Steixner: „Eine Entschuldigung ist das Mindeste, das die Opposition tun muss. Als Regierungsmitglied müsste ich sofort zurücktreten, wenn ich solche unfundierten Aussagen verbreiten würde. In den Medien und im Landtag waren es Anschüttungen ohne Vergleich und brutal. Das haben sich die Bauern nicht verdient.“



Landesrat und Gemeindefereferent Hannes Tratter: „Die Landesregierung hat richtig reagiert. Wir haben mit dem Historiker und Autor Roman Sandgruber einen untadeligen Fachmann, der nicht aus Tirol kommt, mit der Analyse des Sachverhaltes betraut. Mit Nazi-Vorwürfen sollte man vorsichtig sein.“



Historiker und Autor Roman Sandgruber: „Wolfram Haller hat sich auf die Seite der Bauern gestellt und gegen die autoritären NS-Bürgermeister. Also ist die Realität völlig konträr zur Medienberichterstattung. Was in Osttirol passiert ist, war untypisch und eigentlich entgegen dem Nazi-Regime.“

Zitate der Opposition aus verschiedenen Medienberichten und Landtagsanträgen

Anbei lesen Sie Zitate aus verschiedenen Medienberichten zu den Haller'schen Urkunden:

„Das Know-how aus der NS-Zeit nutzte die Tiroler Landesregierung ab den 1950er Jahren für die Besitzumschichtungen.“

(Ulrich Stern, Georg Willi und Andreas Brugger zu den Haller'schen Urkunden)

„Das Dokument ist ein „missing link“ zwischen der Zeit des Nationalsozialismus, der langen Zeit des Kriminalfalles in Nordtirol und der Gegenwart. Es entlarvt und erschüttert.“

(„Literaturpreisträgerin“ und Autorin des Schwarzbuch Agrar, Alexandra Keller, im Magazin Echo über die Haller'schen Urkunden)

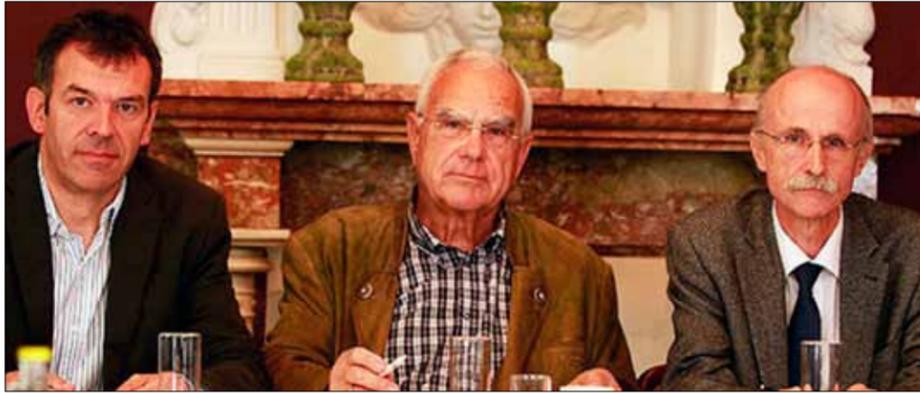
„Für die Nordtiroler Agrarbehörde und vor allem für den ab 1949 für Agraragenden zuständigen Eduard Wallnöfer müssen diese NS-Akten und die Unterlagen Wolfram Hallers als Handlungsanleitung gedient haben.“

(Alexandra Keller im Magazin Echo über die Haller'schen Urkunden)

„Seine darin angeführten Argumente ähneln jenen der aktuellen Agrar-Kämpfer derart, dass Haller als „Urvater“ des Irrweges bezeichnet werden könnte, den die Agrargemeinschaften nach wie vor beschreiben dürfen.“

(Alexandra Keller im Magazin Echo über Wolfram Haller)

„In Windeseile waren 113 Gemeinden Osttirols mit „Heil Hitler“ – und all der dem NS-Regime eigenen Brutalität – zugunsten geschwind gegründeter Agrargemeinschaften enteignet



Grünen-Labg. Georg Willi (l.) und Labg. Andreas Brugger (r.) bei der Präsentation der Expertisen des selbsternannten Historikers Ulrich Stern.

worden.“
 (Alexandra Keller im Magazin Echo)

„Am 21. Juni 2012 wurde in der Bauernzeitung ein Artikel veröffentlicht, in welchem die Vorgangsweise des NS-Beamten als rechtlich korrekt dargestellt wurde.“

(Alexandra Keller im Echo)

„Der Bund wandelt wohl auf äußerst dünnem Eis, wenn er das, was im Dritten Reich passierte, auf Umwegen als „ordentliche Verwaltungspolitik“ beschreibt.“

(Alexandra Keller im Echo)

„Offenkundiger Skandal der NS-Geschichte.“

(Alexandra Keller im Echo)

„Da konnte eben jemand irgend eine Erfindung erzählen und wenn es ihm gelang, ein paar Parteifunktionäre zu überzeugen, setzte das System seine ganze Macht ein, um irgend eine völlig abwegige Idee (oder Schlimmeres) rücksichtslos umzusetzen.“

(Die Abgeordneten Dr. Andreas Brugger, Bernhard Ernst,

Fritz Dinkhauser, Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Georg Willi, Dr. Christine Bauer, Mag. Gebhart Mair, Mag. Gerald Hauser, Richard Heis und Mag. Anton Frisch von der Liste Fritz, den Grünen und der FPÖ im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Die Rechtsordnung ist nicht dafür da, Unrecht zu schützen - schon gar nicht jenes aus der NS-Zeit.“

(Die Abgeordneten Dr. Andreas Brugger, Bernhard Ernst, Fritz Dinkhauser, Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Georg Willi, Dr. Christine Bauer, Mag. Gebhart Mair, Mag. Gerald Hauser, Richard Heis und Mag. Anton Frisch von der Liste Fritz, den Grünen und der FPÖ im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Eine gesetzliche Regelung geboten“ ... „größtes Unrecht“
 (Die Abgeordneten Dr. Andreas Brugger, Bernhard Ernst, Fritz Dinkhauser, Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Georg Willi, Dr. Christine Bauer, Mag. Gebhart Mair,

Mag. Gerald Hauser, Richard Heis und Mag. Anton Frisch von der Liste Fritz, den Grünen und der FPÖ im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

Heis und Mag. Anton Frisch von der Liste Fritz, den Grünen und der FPÖ im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„In Wahrheit sind es aber Heil-Hitler-Urkunden. Sie sind Teil der Blut-und-Boden-Ideologie der Nazizeit.“

(Der ehemalige Vorstand der Agrarbehörde Tirol, Dr. Josef Guggenberger, über die Haller'schen Urkunden)

„Hallersche Urkunden für ungültig erklären, um Gemeinden ehemalige Gemeinde- und Fraktionsgrundstücke rückzuzubereignen.“ (Die in einem Landtagsantrag formulierte Forderung der FPÖ-Politiker Mag. Gerald Hauser, Stv.-KO Richard Heis und Mag. Anton Frisch im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Völlig neue Dimension des Agrargemeinschaftsunrechts“ (Grüne, Liste Fritz und Ulrich Stern im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Warum wurde das Gemeindegut in Osttirol nicht restituiert?“

(Labg. Georg Willi von den Grünen im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Damit erhält das Agrargemeinschafts-Unrecht eine neue Dimension.“

(Labg. Andreas Brugger von der Liste Fritz im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Wir sind überzeugt, dass keine politische Gruppierung heute mit den Praktiken der NS-Zeit konform geht und daran anstreifen möchte. Wir fordern Wiedergutmachung!“

(Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol und die Tiroler Grünen im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Das ist vergleichbar mit Kunstraub im Dritten Reich.“

(FPÖ-Klubobmann Mag. Gerald Hauser über die Haller'schen Urkunden)

„Wären nur etwas Ehre und Anstand in Tirol noch vorhanden, dann hätte der Gesetzgeber längst auf den eiskalten Naziraub am Gemeindegut in Osttirol reagieren müssen.“ (Der ehemalige Vorstand der Agrarbehörde Tirol, Dr. Josef Guggenberger, im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden)

„Bei den Heil-Hitler-Urkunden trifft zu, was schon im Zusammenhang mit der Beutekunst mit Recht angeprangert wurde.“ (Der ehemalige Vorstand der Agrarbehörde Tirol, Dr. Josef Guggenberger, über die Haller'schen Urkunden)

„Ragl weiß eigentlich gar nicht, wovon er redet. Ein zweiter Blick in die Geschichte würde sein oberflächliches Schwarzamander-Geschichtsbild vertiefen.“

(Ulrich Stern, Gemeinderat und selbsternannter Historiker aus Mieming zur Verteidigung der Causa durch Bauernbunddirektor Peter Raggl in der Kleinen Zeitung)

„Die Betriebsanleitung, die sich in Osttirol 113-fach bewährt hat, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Tirol angewendet und führte zu ersatzlosen Enteignungen in mindestens 250 Fällen.“

(Georg Willi, damals noch Klubobmann der Grünen in der Tiroler Kronenzeitung)

„Man erwarte sich nun eine „entschlossene Wiedergutmachung“, die Gründe sollen an die Gemeinden zurückgehen.“ (Der Abgeordnete Dr. Andreas Brugger in den „Dolomiten“)

„Die Methodik der ersatzlosen Enteignung der Gemeinden haben die Nationalsozialisten in Osttirol erfunden und damit nach dem Krieg die Betriebsanleitung für die Landesbehörden in Nordtirol geliefert.“ (Die Abgeordneten Dr. Andreas Brugger und Georg Willi im Zusammenhang mit den Haller'schen Urkunden in der TT)



Der ehemalige HR Josef Guggenberger

Gutachten von Univ-Prof. Dr. Roman Sandgruber

Wichtige Auszüge aus dem Gutachten von Univ-Prof. Dr. Roman Sandgruber:

„Es kam zu massiven Protesten der Bauern.“ (Univ-Prof. Dr. Roman Sandgruber in seinem Gutachten zu den Haller'schen Urkunden)

Sandgruber zur Fraktion:
 „Wie die Tiroler Landesregierung Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts im Gesetzesprüfungsverfahren VfSlg 9336/1982 festgestellt hatte, waren die Grundbucheintragungen bei den Gemeinheitsliegenschaften nur bedingt als richtig anzusehen: „Bei der Grundbuchsanlage wurde einmal die Gemeinde, dann wieder eine Nachbarschaft, eine Fraktion, eine Interessenschaft, die Katastralgemeinde oder die Berechtigten als Miteigentümer eingetragen. Es lag allein im Gutdünken des zuständigen Grundbuchsbeamten, welchen Ausdruck er verwendete.“ Die Vielfalt der

Eintragungen demonstriert Prof. Gerald Kohl am Beispiel der KG Prägraten: Fraktion, Weide-, Schwaig-, Alpenwald-, Säge-Stierfleck-Genossenschaft, Nachbarschaft, Gemeinde, in diesem Fall Gemeinde Schläiten, oder Gemeinde Virgen ohne Fraktion Mitteldorf.“

„Haller hat gegen durchaus feststellbaren Widerstand übergeordneter Stellen und auch der NS-Bürgermeister dieser Tendenz, die bei den zweifellos wenig systemkonformen Bauern große Unruhe hervorrief, entgegen gewirkt. So stellt sich die in Osttirol während der NS-Zeit geübte Praxis, das Fraktionsgut nicht in Gemeindegliedervermögen umzuwandeln, sondern in Agrargemeinschaften, als keine für das NS-Regime als solches typische Vorgehensweise dar.“

„Kohl folgert: „In der Regel bedeutet ‚Fraktion‘ als Bezeichnung eines Eigentümers nichts anderes als einen (der Erfassung von Gemeinschafts-

alternativen Begriff zu ‚Interessenschaft‘, ‚Nachbarschaft‘, ‚Katastralgemeinde‘ oder ‚Genossenschaft‘. Es handelt sich dabei also nicht um eine ‚gemeinderechtliche Einrichtung‘ im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung 1935...“

Sandgruber zur Deutschen Gemeindeordnung:
 „Laut Artikel II, § 1 der Einführungsverordnung zur D.G.O. wurden Ortschaften, Fraktionen und ähnliche innerhalb einer Gemeinde bestehende Verbände, Körperschaften und Einrichtungen gemeinderechtlicher Art aufgelöst. Ihr Rechtsnachfolger wurde die Gemeinde. Das Fraktionsgut ging in der Gesamtgemeinde auf. Auch wenn den ehemaligen Fraktionisten ihre auf den Haus- und Gutsbedarf beschränkten Bezugsrechte erhalten blieben, so gingen die Ertragsüberschüsse des Fraktionsguts nunmehr nicht mehr in die Fraktionskassen sondern in die Gemeindekasse. Verschärft wurde dies durch Gemeindezusammenlegungen. Es wird von

großer Verbitterung in der bäuerlichen Bevölkerung berichtet.“

„Generell lag es in den Intentionen des nationalsozialistischen Staates, die Gemeinden gegenüber „Fraktionen, Ortschaften, und ähnlichen innerhalb der Gemeinde bestehenden Verbänden, Körperschaften und Einrichtungen gemeinderechtl. Art“ (DGO, Art. II, § 1), aber auch gegenüber Agrargemeinschaften oder Vereinen etc. zu stärken. Nach Möglichkeit sollten autonome oder subsidiäre Unterorganisationen beseitigt werden. Auf die Gemeinden hingeworfen hatte sich die Partei einen entsprechenden Zugriff gesichert.“

Sandgruber zum Widerstandspotential:
 „Die Gemeindegemeinschaften - die Zahl der Osttiroler Gemeinden wurde von 50 auf 25 halbiert -, die Fraktionsaufhebungen und Vermögensverlegungen, die praktisch völlig über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geschahen, erweckten

viel böses Blut.“

„Der Bürgermeister der Gemeinde war mit Sicherheit ein Vertrauensmann der Partei, häufig gar kein Bauer, während die Bauern, meist tief katholisch, mit der Partei wenig anzufangen wussten und ihre Enteignung befürchteten.“

Sandgruber zum Beispiel Matrei:
 „Die Behauptung, dass hier bäuerliche Bürgermeister zusammen mit den bäuerlichen Stammsitzinhabern gegen die Gemeinde gemeinsame Sache machten, wird im Lichte solcher einer Konstellation ziemlich unglaubwürdig.“

Sandgruber zu „Hallers Motive und Rechtfertigung“:
 „Dr. Wolfram Hallers Motivation ist nicht wirklich klar. Jedenfalls entsprach sie nicht der offiziellen Linie und den Intentionen der nationalsozialistischen Gesetzgebung, die keineswegs eine Stärkung der Fraktionen, Agrargemeinschaften oder son-

stiger Subsysteme beabsichtigten.“

Sandgruber zu Nicht „typisch nationalsozialistisch“:
 „Typisch nationalsozialistisch“ war nicht die in Osttirol unter Dr. Haller durchgezogene Strategie, die Nachbarschaften auf dem Wege über Agrargemeinschaften abzusichern, sondern typisch nationalsozialistisch war die in ganz Österreich verfolgte Politik, möglichst alle Sonderorganisationen innerhalb der Gemeinde, vor allem Kommunen und Nachbarschaften zugunsten der Gemeinden, über die man politisch die Kontrolle hatte, einzuziehen. Unbeschadet dessen, welche Motive hinter den Maßnahmen des Dr. Haller standen, waren diese geeignet, den Einfluss der Partei auf die Gesellschaft eher zu verringern als zu erhöhen. Man muss die Maßnahmen des Dr. Wolfram Haller daher durchaus in der Richtung interpretieren, dem Allmachtsanspruch der NSDAP nicht alles unterzuordnen zu wollen.“